Mit Unterschriftenbogen: Unterstützen Sie die Volksinitiative «Für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie»! Seite 4

April 2019

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Roger Köppel über die wahren Absichten der selbsternannten Klimaretter.

SEITE 8

SEITE 12

Die EU will der Schweiz höhere Sozialleistungen diktieren.

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

MUSTER

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 19. Mai 2019

Wollen Sie den Bundesbeschluss vom 28. September 2018 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwickelung des Schengen-Besitzstands) annehmen?	Antwort NEIN

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 19. Mai 2019

Wollen Sie das Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) annehmen?	Antwort STIMMFREIGABE

Die Parolen der SVP Schweiz für die Abstimmung vom 19. Mai 2019

SEITEN 6 - 7

Tolle Stimmung an der Versammlung der SVP-Delegierten in Amriswil (TG)

SEITEN 14 - 15

AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 53 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - April 2019

DAS WORT DES PARTEIPRÄSIDENTEN ZU DEN WAHLEN IN DEN

Liebe SVP-Familie
Liebe Sympathisanten der SVP

Es sind nicht einmal mehr 200 Tage bis zu den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober. Wir haben im Interesse des Landes den Auftrag den Schweizerinnen und Schweizern klar aufzuzeigen, warum die SVP die Partei ist, die konsequent für den Wohlstand, die Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz einsteht.

- Wer keine 10-Millionen-Schweiz, die Zuwanderung beschränken, nicht noch mehr fremdsprachige Kinder in den Schulen will, wem der Anteil der nicht integrierbaren Zuwanderer in der Sozialhilfe mit knapp 50 Prozent zu hoch ist, wählt SVP;
- Wer eine unabhängige, freie Schweiz will, in der die Bürgerinnen und Bürger direktdemokratisch - und nicht die EU und fremde Richter - entscheiden, wählt SVP;
- Wer nicht jedem Asylmigranten die gleiche Sozialhilfe wie einem 55-jährigen Schweizer, der ein Leben lang einbezahlt hat, bezahlen will, dazu noch eine Wohnung, Sprachkurse, den Zahnarzt und eine Gratis-Krankenversicherung, wählt SVP;
- Wer nicht will, dass der Staat Kriminelle mit Therapien und einem unglaublich teuren Wellness-Strafvollzug verhätschelt, wählt SVP;
- Wer die vielen Milliarden für fragliche Entwicklungshilfe-Projekte, überteuerte EU-Förderprogramme, die UNO- und EU-Bürokratie, lieber für die Schweizerinnen und Schweizer einsetzen will, wählt SVP;
- Wer die Umwelt durch neue Innovationen und Forschung schützen will, anstelle durch ideologische Ver-

Kantonale Parlamentswahlen 2015–2019: Wahlbeteiligung, Stärke der

	Wahljahr	Wahlbeteiligung			SVP			FDP			CVP			SP
	aktuelle Wahlen	in %	in % LW	Veränd. in Pkt.	in %	% LW	Veränd. in Pkt.	in %	% LW	Veränd.	in %	% LW	Veränd. in Pkt.	in %
Zürich	2019	36,0	32,7	+ 3,4	24,5	30,0	– 5,6	15,7	17,3	– 1,7	4,3	4,9	– 0,6	19,3
Neuenburg	2017	33,4	30,8	+ 2,7	11,5	16,9	– 5,4	33,4	28,7	+ 4,7	2,7	2,7	– 0,0	23,6
Luzern	2019	41,5	38,7	+ 2,7	19,6	24,1	– 4,5	19,6	21,0	– 1,5	27,5	30,9	– 3,3	13,8
Basel-Landschaft	2019	33,9	33,8	+ 0,1	22,7	26,7	– 4,1	17,0	19,0	– 2,0	9,3	9,6	– 0,3	22,8
Appenzell A. Rh.	2019	35,9	36,1	– 0,3	12,2	16,3	– 4,1	36,7	35,5	+ 1,2	4,4	6,0	– 1,6	14,7
Glarus	2018	29,5	32,3	– 2,8	25,3	28,8	– 3,5	18,4	19,5	– 1,1	9,4	8,9	+ 0,5	12,8
Nidwalden	2018	54,9	49,9	+ 5,0	25,9	29,1	– 3,2	28,0	24,2	+ 3,8	26,8	29,1	– 2,3	4,5
Genf	2018	37,7	40,5	– 2,8	7,3	10,3	– 3,0	25,2	22,4	+ 2,8	10,7	10,6	+ 0,1	15,3
Bern	2018	30,5	32,1	– 1,6	26,8	29,0	– 2,2	11,7	10,7	+ 1,1	0,4 M	0,8	-	22,3
Zug	2018	43,5	42,9	+ 0,5	22,4	23,6	– 1,3	20,9	22,1	– 1,2	25,6	26,8	– 1,2	11,8
Waadt	2017	38,9	40,6	– 1,7	15,8	17,1	– 1,2	33,1	24,2	+ 8,9	M	M	(°)	23,4
Schwyz	2016	37,7	45,1	– 7,4	33,1	34,0	– 0,9	21,6	22,8	– 1,2	27,2	29,1	– 1,9	8,3 M
Wallis	2017	57,5	67,0	– 9,5	16,4	17,2	– 0,8	20,2	21,6	– 1,4	41,7	43,8	– 2,1	3,3 M
Basel-Stadt	2016	41,7	41,6	+ 0,0	14,3	15,0	– 0,7	9,2	11,1	– 1,9	5,9	7,3	– 1,5	32,5
Uri	2016	62,0	49,2	+ 12,8	24,1	24,6	– 0,6	26,9	20,3	+ 6,6	31,3	36,6	– 5,3	2,8 M
Solothurn	2017	35,3	43,3	– 7,9	19,7	20,2	– 0,4	24,6	24,8	– 0,2	18,9	18,4	+ 0,6	19,9 M
Aargau	2016	32,8	31,9	+ 0,9	31,9	32,0	– 0,1	16,0	15,4	+ 0,6	12,1	13,3	– 1,2	18,9
Obwalden	2018	53,8	46,2	+ 7,6	24,5	24,5	+ 0,1	17,2	17,0	+ 0,2	29,8	32,1	– 2,3	15,1
Freiburg	2016	39,3	43,4	– 4,1	19,7	18,6	+ 1,1	18,2	15,3	+ 2,9	23,7	26,6	– 2,9	23,6
Schaffhausen	2016	53,9	54,0	– 0,1	35,1	33,6	+ 1,5	15,5	18,3	– 2,7	3,7	4,9	– 1,2	22,8
Thurgau	2016	30,4	30,8	– 0,4	32,6	30,5	+ 2,1	15,6	14,2	+ 1,4	13,4	14,2	– 0,8	13,1
St. Gallen	2016	45,3	37,6	+ 7,7	29,5	25,4	+ 4,2	20,3	18,4	+ 1,9	18,4 M	20,1 M	-	12,3 M
Jura	oct.15	50,6	48,9	+ 1,7	8,5 M	6,4 M	+	15,4	14,5	+ 0,9	26,8	28,9	– 2,1	20,0
Appenzell I. Rh.	2015	...	...											
Graubünden (Majorz)	2018	...	...											
Tessin Wahlen 7.4.2019	2015	62,3	58,5	+ 3,8	M	M	(°)	26,7	25,2	+ 1,6	18,6	20,5	– 1,9	14,6
Anzahl gewonnene / verlorene Wahlen							**6/-17**			**+13/-10**			**+3/-19**	

bote von Ölheizungen und Verbrennungsmotoren sowie höheren Steuern auf Benzin- und Ölpreise, wählt SVP.

Was sind mögliche Gründe dieser Verluste?

Ausser im Tessin, haben seit den letzten eidgenössischen Wahlen 2015 mittlerweile in allen Kantonen Parlamentswahlen stattgefunden. Nun gilt es Bilanz zu ziehen. Dabei gibt es nichts schön zu reden. Es ist uns nicht gelungen, die Bürgerinnen und Bürger für die genannten Anliegen an die Urne zu bewegen. Ausser in den Kantonen St. Gallen, Thurgau, Jura, Schaffhausen, Freiburg und Obwalden gehört die SVP zu den Wahlverlierern. Das Ausmass der Verluste reicht von - 5.6 Prozent im Kanton Zürich bis -0.1 Prozent im Aargau (siehe Tabelle unten).

- Die klare Sprache und auch der Kampf mit dem politischen Gegner blieben in vielen Kantonen und teilweise auch auf nationaler Ebene auf der Strecke. Anpassertum braucht weniger Kraft als Widerstand.
- Die Wirtschaft brummt, vielen Menschen in der Schweiz geht es gut und sie sind nicht Wählen gegangen.
- Die politische Elite in Bern hat gezeigt, wie sie mit vom Volk entschiedenen Verfassungsänderungen umgeht, so bei der Ausschaffung krimineller Ausländer oder bei der Masseneinwanderung. Ignorieren, Schönreden, mit teuren Integrationsprogrammen zudecken. Das lässt viele SVP-Wähler resignieren.
- Der Hype um den Klima-Wandel hat einen realen Hintergrund: Alle haben einen heissen und trockenen Sommer erlebt und hören, dass es in den Gewässern weniger Fische hat, oder dass es weniger Insekten gibt.
- Die Parteiarbeit verlangt auf allen Stufen Gründlichkeit, grossen Einsatz, Personal- und Ressourcenplanung. Dies wurde vielerorts zu wenig beachtet.

Was ist zu tun?

- Der eidgenössische Wahlkampf ist auf allen Ebenen inhaltlich als Kampf für die Schweiz und gegen die linken EU-Anpasser und staatlichen Mittelstands-Abzocker zu führen.
- Die eidgenössischen Wahlen sind entscheidende Richtungswahlen für eine unabhängige Schweiz. Nur die SVP wird sich auch nach den Wahlen verlässlich für eine unabhängige Schweiz einsetzen.
- Wir alle sind Überbringer der Botschaft, dass sich der Einsatz für die Schweiz lohnt. Wir müssen die Leute für die SVP an die Urne bringen. Nur so werden unsere Kinder und Kindeskinder noch in einem freien Land wohnen, in dem sie selber bestimmen können welche Regeln und Gesetze gelten.

Ich danke Ihnen schon heute für Ihren Einsatz. Wir sind bereit für diesen Kampf – wir hoffen Sie alle auch – und freuen uns darauf, gemeinsam für die bewährten Werte der Schweiz einzustehen.

Albert Rösti

Nationalrat Albert Rösti
Präsident der SVP Schweiz

Parteien und Veränderung zur Vorperiode

		GLP			BDP			GPS		
% LW	Veränd. in Pkt.	in %	% LW	Veränd. in Pkt.	in %	% LW	Veränd. in Pkt.	in %	% LW	Veränd. in Pkt.
19,7	– 0,4	12,9	7,6	+ 5,3	1,5	2,6	– 1,1	11,9	7,2	+ 4,7
26,5	– 2,9	4,4	4,8	– 0,5		0,8	– 0,8	14,9	11,2	+ 3,7
11,8	+ 2,0	6,5	4,3	+ 2,2	0,3	0,9	– 0,6	11,7	6,7	+ 5,0
22,0	+ 0,8	4,5	4,4	+ 0,1	1,5	3,3	– 1,8	15,2	9,6	+ 5,6
11,5	+ 3,2									
11,5	+ 1,3	6,0	3,9	+ 2,0	14,1	15,8	– 1,7	12,4	11,4	+ 1,0
4,8	– 0,3							13,4	12,8	+ 0,6
14,3	+ 1,0	1,6	3,1	– 1,5	0,5	0,6	– 0,0	13,2	9,2	+ 4,0
19,1	+ 3,2	6,9	6,7	+ 0,2	9,0	11,2	– 2,2	9,8 M	10,1	-
9,3	+ 2,6	5,3	5,0	+ 0,3				9,6 M	8,4 M	+
24,6 M	-	2,2 M	0,8 M	+	M	0,0 M		13,8	12,6	+ 1,2
10,8 M	-	2,5		+ 2,5		0,0		M	M	(°)
4,8 M	-							6,7 M	3,2 M	+
30,7	+ 1,8	4,3	5,0	– 0,7	M	1,1		13,4	11,8	+ 1,6
M	(°)							M	M	(°)
19,1	+	4,2	5,3	– 1,1	2,2	2,9	– 0,7	6,1 M	7,7	-
15,2	+ 3,7	5,3	5,5	– 0,2	2,7	4,4	– 1,7	7,1	7,4	– 0,3
12,8	+ 2,3									
24,3	– 0,7	1,9 M	2,9 M	-	0,2	1,7	– 1,5	3,4 M	3,7	-
22,6	+ 0,2	5,7		+ 5,7				3,9	7,4	– 3,5
13,4	– 0,3	5,2	5,9	– 0,7	3,1	4,8	– 1,7	7,4	7,7	– 0,3
15,1 M	-	2,4 M	4,4 M	-	1,1 M	2,4 M	-	4,7 M	5,8 M	-
21,2	– 1,1							7,7	8,3	– 0,6
15,1	– 0,4	0,4		+ 0,4				6,0	7,6	– 1,6
	11/-10		9/-8			-12			11/-8	

Quelle: BFS, M=Mischlisten

Für eine sichere Demokratie!

Heutige E-Voting-Systeme sind teuer und anfällig für Manipulationen. Letzteres gefährdet unsere Demokratie: Hacker könnten Wahlen und Abstimmungen beeinflussen. Weil die vom Bund voran getriebenen Projekte Gefahren aber keinen Nutzen bringen: Unterschreiben auch Sie die Volksinitiative «Für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie».

Vor rund zwei Jahren gab die Bundeskanzlei bekannt, sie wolle bis zu den eidgenössischen Wahlen 2019 in 18 Kantonen E-Voting, also die elektronische Abstimmung, einführen. Als ich fragte, wann denn die notwendige Gesetzesanpassung ins Parlament kommt, hat man mir gesagt 2020 oder 2021. Die Verwaltung wollte E-Voting also quasi unter dem gesetzlichen Deckmantel des Testbetriebs flächendeckend einführen. Bei einer derart wichtigen Entscheidung muss aber die Bevölkerung das letzte Wort haben. Darum lancierte ich zusammen mit einem breit abgestützten Komitee am 16. März 2019 die Volksinitiative «Für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie (E-Voting-Moratorium)».

Grossangelegte Manipulationen möglich

Die heutigen E-Voting-Systeme sind unsicher, teuer und anfällig für Manipulationen. Nur wenige IT-Experten haben den Durchblick, ob Wahlen und Abstimmungen korrekt ausgezählt werden. E-Voting ist heute komplizierter und teurer als die Abstimmung per Brief. Die vom Bund vorangetriebenen Projekte bringen also keinen Nutzen. Durch E-Voting werden unsere Wahlen und Abstimmungen aber zu einem lohnenden Ziel für Angriffe von Hackern. Staatliche und nicht-staatliche Akteure sind in der Lage, in diese Systeme einzudringen und damit Wahlen und Abstimmungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Das Vertrauen in unsere Demokratie würde dadurch irreparabel zerstört. Die Möglichkeit der Manipulation hat dazu geführt, dass Länder wie Norwegen, Finnland, England, Frankreich und Deutschland E-Voting nicht einführen oder gar verboten haben. Wir fordern auch einen Marschhalt in der Schweiz.

Experten und Praktiker lehnen E-Voting ab

Kürzlich wurde publik: Das E-Voting System der Post wurde kürzlich einem öffentlichen Stresstest unterzogen. National und international renommierte IT-Experten haben dabei gravierende Sicherheitslücken gefunden. Der Bundeskanzler hat zudem in der Frühjahrssession auf Anfrage bestätigt, dass die Sicherheitsanforderungen für eine Einführung nicht erfüllt sind. So erstaunt es nicht, dass die Post nach all den Enthüllungen am 29. März 2019 bekannt gab, den E-Voting Betrieb einzustellen. Einem solch gefährlichen Experiment darf unsere Demokratie nicht ausgesetzt werden. Es ist bemerkenswert, dass vor allem IT-Fachleute, sogar Hacker, aber auch jüngere Menschen die stärksten Kritiker von E-Voting sind. Jungparteien von links bis rechts unterstützen unsere Initiative. Vielleicht können sie die Gefahren und Risiken besser abschätzen als Beamte und Politiker, die einem blinden Fortschrittsglauben nacheifern. Wir sind keine «Technologieverhinderer». Für ein sicheres E-Voting müssen jedoch klare Voraussetzungen erfüllt sein, welche unsere Initiative genau festlegt. E-Voting ist nicht gleich E-Banking. Fortschritt, Sicherheit, Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit von Abstimmungen und Wahlen müssen Hand in Hand gehen. Das Vertrauen und die Akzeptanz in unsere Demokratie muss oberste Priorität haben. Sicherheit vor Tempo!

Unterschreiben auch Sie jetzt die Volksinitiative «Für eine sichere und vertrauenswürdige Demokratie (E-Voting-Moratorium)», damit unsere direkte Demokratie vor Manipulationen geschützt bleibt.

Von Nationalrat Franz Grüter Luzern (LU)

EU-Waffenrichtlinie: Kein Gesetz gegen Terroristen aber gegen Schützen

Terroranschläge können mit diesem neuen Gesetz nicht verhindert werden. Aber die Schweizer Schützen trifft es voll. Deshalb haben die Delegierten der SVP Schweiz für die EU-Waffenrichtlinie die Nein-Parole beschlossen.

Mit der EU-Entwaffnungsrichtlinie würden unsere Ordonanzwaffen, die Sturmgewehre 90 und 57, der Kategorie der «verbotenen Waffen» zugeteilt. Diese hätte zur Folge, dass für den Erwerb eines Sturmgewehrs 90 oder 57 eine kantonale Ausnahmebewilligung beantragt sowie ein Bedürfnisnachweis erbracht werden müsste. Zudem müsste der Besitzer einer solchen Waffe diese innerhalb von 3 Jahren durch eine Nachmeldung nachregistrieren lassen. Werden diese Auflagen nicht erfüllt, wird die Waffe beschlagnahmt. Und: Wird die Ausnahmebewilligung durch einen Kanton aus irgendeinem Grund verweigert, erfolgt ein Eintrag ins Schengen-Informationssystem. Konkret bringt die Vorlage Mehrkosten, mehr Bürokratie und weniger, nicht mehr Sicherheit haben werden. Kommt hinzu, dass Terroranschläge, sofern sie denn überhaupt mit Schusswaffen begangen wurden, kaum je mit registrierten Waffen ausgeführt wurden.

«Die EU-Entwaffnungsrichtlinie ist nicht nur ein bürokratischer Papiertiger, sondern ein heimtückischer Angriff auf die Schweizer DNA.»
David Zuberbühler

Das neue Gesetz interessiert keinen Terroristen, aber es trifft die gesetzestreuen Bürgerinnen und Bürger. Verbrechen mit illegalen Waffen sollen durch Verbote von legalen Waffen verhindert werden. Das ist Blödsinn. Gerade wegen der offenen Schengen-Grenzen können Terroristen mit illegalen Waffen quer durch Europa reisen, ohne einmal angehalten zu werden. Das ist ein Faktum, worüber die EU einmal nachdenken sollte.

«Die Vorlage sorgt nicht für mehr, sondern für weniger Sicherheit, weil die Polizisten künftig noch mehr Zeit im Büro verbringen müssten, statt draussen für die Sicherheit unserer Bevölkerung zu sorgen.» ***Andrea Geissbühler***

kriminalisiert oder enteignet die legalen Waffenbesitzer.

Die liberale Waffentradition in der Schweiz wird von der EU zerstört.

Weniger Sicherheit

Gegen die Vorlage wehren sich auch die kantonalen Polizeikommandanten und ein Teil der Kantone. Nicht weil sie gegen die Terrorbekämpfung wären, sondern weil sie merken, dass es sich bei dieser Vorlage um einen EU-Bürokratenwahnsinn handelt. Die Polizisten werden in Zukunft noch mehr Formulare prüfen und ausfüllen müssen, statt draussen für die Sicherheit unserer Bevölkerung zu sorgen. Daraus folgt, dass wir weniger Sicherheit haben werden.

Mit einem Nein gegen die Waffenrichtlinie kann das Schweizervolk eine starke Botschaft an Brüssel senden: Wir verhandeln gerne über sinnvolle Massnahmen, aber wir lassen uns unsere Freiheit nicht durch unsinnigen Bürokratismus nehmen! Respektiert endlich unsere Souveränität und unsere Jahrhunderte alte Waffentradition. NEIN zur EU-Waffenrichtlinie.

«Das Gesetz verhindert keine Anschläge, da Terroristen keine registrierten Waffen benützen. Dank offener Schengen-Grenzen können Terroristen mit illegalen Waffen quer durch Europa reisen. Darüber sollte die EU einmal nachdenken.» ***Jean-François Rime***

Jetzt muss der Bundesrat handeln!

Die SVP-Delegierten haben sich am 30. März in Amriswil (TG) gegen das institutionelle Abkommen mit der EU ausgesprochen. Der Unterdrückungsvertrag höhlt die direkte Demokratie aus, missachtet die Unabhängigkeit der Schweiz und gefährdet unsere Wohlfahrt. Zuhanden des Bundesrates haben die Delegierten einstimmig einen Forderungskatalog verabschiedet.

Die SVP-Delegierten fordern eine Stärkung des Werkplatzes Schweiz, weniger Bürokratie und tiefere Steuern.

1 Die SVP unterstützt bilaterale Beziehungen auch mit der EU. Bedingung ist, dass diese Verträge in gegenseitiger Übereinkunft und im gegenseitigen Interesse auf Augenhöhe abgeschlossen werden.

2 Die SVP baut auf den bewährten demokratischen Rechtssetzungsprozess und lehnt eine dynamische Rechtsübernahme, die Rechtsunsicherheit bringt, ab.

3 Der Bundesrat darf keinen Vertrag unterzeichnen, der im Widerspruch zur Verfassung, fremde Richter bzw. den Europäischen Gerichtshof (EuGH) akzeptiert.

4 Das EU-Verbot der staatlichen Beihilfen betrifft das gesamte staatliche Handeln der Kantone, der Gemeinden und des Bundes und würde unseren Föderalismus sowie die Kantons- und Gemeindeautonomie vollständig untergraben. Gefährdet ist zudem unser eigenes, föderalistisches und demokratisch legitimiertes Steuerrecht auf allen Stufen. Dies darf nicht Bestandteil eines Vertrages mit der EU sein.

5 Die SVP lehnt Kohäsionszahlungen an die EU ab.

6 Die SVP als Mittelstandspartei lehnt die Ausweitung der Personenfreizügigkeit und die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie ab. Diese würden den Zugang zu unseren Sozialversicherungen weiter erleichtern, dem Mittelstand hohe Kosten aufbürden und die Ausschaffung krimineller EU-Bürger praktisch verunmöglichen.

7 Die SVP lehnt Verträge mit Guillotineklauseln ab.

8 Die Unterstellung des Freihandelsabkommens von 1972 unter den Rahmenvertrag ist auszuschliessen.

9 Der Bundesrat hat mögliche eigenständige Massnahmen zu erarbeiten, wie er dies beispielhaft mit der Alternativlösung bei Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz der Schweiz von Seiten der EU getan hat.

10 Das Schweizer Volk fordert die eigenständige Steuerung der Zuwanderung und hat deshalb am 9. Februar 2014 einen Verfassungsartikel zur Steuerung der Zuwanderung beschlossen. Die SVP fordert eindringlich die Durchsetzung dieses Artikels.

11 Das Schweizer Volk fordert die Ausschaffung krimineller Ausländer und hat deshalb am 28. November 2010 einen Verfassungsartikel beschlossen, der die Ausweisung von ausländischen Straftätern verlangt, die rechtskräftig verurteilt wurden. Dies hat auch für Personen aus der EU zu gelten.

12 Die SVP fordert vom Bundesrat ein Programm für weniger Bürokratie, tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren (Revitalisierungsprogramm), damit die Schweiz fit ist für die Zukunft.

13 Die SVP unterstützt die bewährte Wirtschaftspolitik der Schweiz. Sie hat dank ihrer Neutralität und ihres geachteten Rechtsstaates mit allen Ländern der Welt Beziehungen in gegenseitiger Übereinkunft und beidseitigem Interesse.

Abstimmung 19. Mai: Delegierte beschlossen Stimmfreigabe und ein wuchtiges Nein

Das Resultat liess an Klarheit nichts zu wünschen übrig: Nach eingehender Diskussion fassten die **Delegierten der SVP Schweiz mit 375 Stimmen bei einer Enthaltung die Nein-Parole zur neuen EU-Waffenrichtlinie**.

Beim **Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Sanierung (STAF)**, das ebenfalls am 19. Mai zur Abstimmung kommt, beschlossen sie **mit 289 zu 60 Stimmen bei einer Enthaltung Stimmfreigabe**. Das im Ständerat **von den anderen Parteien unter Ausschluss der SVP** in einer Nacht- und Nebelaktion geschnürte AHV-Steuerreform-Päckli wurde von Anfang an von der SVP-Fraktion kritisiert. Die Verknüpfung der zwei völlig sachfremden Vorlagen lässt eine freie Stimmabgabe nicht zu. Deshalb gibt es jetzt auch innerhalb der SVP viele gute und richtige Gründe die STAF abzulehnen, beziehungsweise anzunehmen. Die Delegierten der SVP haben daher **nach intensiver Diskussion** und unter Abwägung aller Tatsachen Stimmfreigabe beschlossen. **Klar ist: Die Verantwortung für dieses Päckli haben die anderen Regierungs-Parteien zu tragen.**

Die SVP Schweiz wird sich in der Abstimmungskampagne nicht engagieren. Die einzelnen Parteiexponenten sind jedoch frei, sich in der Abstimmungskampagne dafür oder dagegen einzusetzen.

INSERAT

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MARKUS REZZONICO
SVP-Delegierter Kanton Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten T 062 205 75 75
www.dietschi-pd.ch

GOAL GLOSSAR
radikal

radikal
<lat.> radix (die Wurzel, der Ursprung), konsequent; gründlich

Wir entwickeln gerne radikale Kampagnen und Visualisierungen. Denn wir gehen mit unserer Kommunikation und Werbung immer an die Wurzel des Problems. Seichtes Oberflächengestocher gibt es schon genug...

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Roger Köppel: «Wir sind nicht gegen eine intakte Natur, sondern gegen die linken Klima-Abzocker.»

Die SVP hat doch nichts gegen den Umweltschutz!

Anders als die Medien behaupten, hat die SVP nichts gegen den Klimaschutz. Nationalrat Roger Köppel räumte an der Delegiertenversammlung in Amriswil mit diesen Vorurteilen auf und warnt vor der Klimadiktatur der Linken.

Auch heute wieder haben mich zahlreiche Journalisten belagert, gefragt, inquisitionsmässig ausquetschen wollen, wie kleine Scharfrichter, warum ich, warum die SVP denn «so vehement gegen den Umweltschutz und gegen die Klimapolitik sei». Warum wir denn so gar keine Rezepte hätten und dieses Thema gar nicht ernst nehmen würden?

Die dunkelroten Rezepte bringen dem Klima nichts

Sehr geehrte Journalisten, Sie liegen leider wieder einmal total falsch. Ich darf Sie beruhigen! Die SVP hat doch nichts gegen Umweltschutz und saubere Luft. Wir sind doch nicht dagegen, wenn wir eine intakte Natur haben. Im Gegenteil. Wir von der SVP sind allerdings, wenn schon, Umweltpraktiker, nicht Umwelttheoretiker! Und unser Logo bleibt auch grün, wenn man daran kratzt. Bei allen anderen kommt früher oder später die Farbe Rot zum Vorschein! Also: Nichts gegen die Pflege unserer natürlichen Lebensgrundlagen! Aber: Als Bürgerliche sind wir aus tiefer Überzeugung für die Marktwirtschaft, für die Eigenverantwortung und deshalb sind wir gegen die von unseren Gegnern geforderte staatlich gelenkte Kommandowirtschaft in der Klima- und Umweltpolitik! Wir sind gegen die falschen grünen, also dunkelroten Rezepte, die unseren Wohlstand zerstören wollen und weder der Umwelt oder dem Klima auch nur das Geringste bringen werden. Wir sind gegen die roten und grünen Profiteure, gegen die Klima-Abzocker, die den weltweiten Klimawandel missbrauchen, um sich selber die Taschen zu füllen, und zwar im ganz grossen Stil. Wir sind gegen die linken Kreise, die sich als Klimaretter ausgeben und am Ende nur ihre längst verwesten marxistischen Programmleichen aus der Gruft kratzen, um sie gegen alle Vernunft und Erfahrung auf Kosten unseres Mittelstands und unseres Gewerbes diktatorisch durchzupeitschen. Wir sind auch nicht gegen das Klima, aber wir sind gegen die staatliche Klima- und Umweltkolchose, die unsere Gegner heute den Leuten in diesem Land befehlsmässig aufschwatzen wollen.

Eben hat mich eine Journalistin gefragt, warum ich die Klima-Jugend

«Wir verhöhnen nicht diese Jugendlichen, die glauben, sich etwas Gutes einzusetzen. Wir sind gegen den Missbrauch unserer Kinder an ferngesteuerten Klima-Demonstrationen.»

verhöhne. Schon wieder Fake News. Wir verhöhnen doch nicht diese Jugendlichen, die glauben und die im Glauben gehalten werden, sich für eine gute Sache einzusetzen. Aber wir sind gegen diesen Missbrauch unserer Kinder und Schüler an ferngesteuerten Klima-Demonstrationen durch ihre linksgrünen Lehrer.

Verstehen Sie mich richtig: Ich finde es sogar gut, wenn in den Schulen nicht nur gehäkelt und gebastelt wird,

sondern auch aktuelle brisante politische Themen behandelt werden, aber dann doch bitte im Schulzimmer mit Rede und Gegenrede.

Ich stelle mich übrigens sehr gern für Streitgespräche im Klassenzimmer zur Verfügung, zum Beispiel gegen den neugewählten grünen Zürcher Regierungsrat Martin Neukom!

Meine Damen und Herren: Wir haben auch nichts gegen bessere Technologien und Maschinen! Aber was heute unter dem Deckmantel, dem Alibi, unter der Tarnkappe eines angeblichen Klimaschutzes stattfindet, das ist, wie es ein berühmter amerikanischer Forscher ausdrückte, der «organisierte Selbstmord der industriellen Gesellschaft».

Wenn alle den Kopf verlieren, ist die SVP gefordert

Das hatten wir übrigens alles schon. Lesen Sie die grossartige Parteigeschichte unseres Kollegen Christoph Mörgeli. Es ist bewundernswert, wie die SVP in den achtziger und neunziger Jahren die Kraft und den Mut hatte, dem damals schon übermächtig aufquellenden rotgrünen Zeitgeist entgegenzutreten. Wie sie standhaft blieb und sich gerade nicht mitreissen liess vom rotgrünen Filz in der Umweltpolitik.

Wie damals das sogenannte Waldsterben wird heute der Klimawandel missbraucht für Verunsicherung, für Panikmacherei und für das Herunterreissen aller bewährten Werte unserer bürgerlichen Gesellschaft. Weitsichtig formulierte es die Partei schon damals: Der Zürcher Kantonalpräsident, ein gewisser Christoph Blocher, nannte die Grünen 1983 «eine absolutistische Gruppe», die sich die Welt als «mittelalterlich geschütztes Paradies» vorstelle. Richtig! Oder die Bürgerlichen: Sie hätten sich, so Blocher damals, leider den «Weltuntergangsschmerz als politische Konzession auf die Fahne geschrieben.» Als ich das las, sah ich plötzlich, danke an Tommy Matter für das Bild, die teleboymässig hin und her schwankende freisinnige Parteipräsidentin Petra Gössi vor mir.

Nein, es hat sich nichts geändert: Wenn die anderen den Kopf verlieren, wenn die anderen die Grundwerte nicht mehr sehen, ist die SVP gefordert. Wir müssen fest bleiben, wir müssen Halt und Orientierung geben. Gerade in verwirrten, emotional aufgepeitschten Zeiten muss die SVP nach dem Wesentlichen, nach dem Grundsätzlichen fragen.

Die wichtigste Frage ist: Wer macht die Gesetze?

Die wichtigsten Fragen sind doch: Was ist das Wesentliche in der Politik? Wer bestimmt die Regeln in der Schweiz? Sind das weiterhin wir Schweizerinnen und Schweizer in unserer einzigartigen direkten Demokratie? Oder verschieben wir das Zentrum der politischen Entscheidung ins Ausland, nach Brüssel? Geben wir den Löffel ab an die EU und lassen wir uns fallen unter das Joch einer europäischen Funktionärsherrschaft?

Darum geht es beim institutionellen Rahmenabkommen Schweiz und EU. Und diese Frage ist für die Schweiz viel wichtiger und ja, auch ökologisch nachhaltiger, als diese pseudoreligiöse Klimarettungsbewegung.

Meine Damen und Herren, bilden wir uns nur nicht ein, dass die EU an gleichberechtigten bilateralen Be-

Es ist gut, wenn in den Schulen politische Themen behandelt werden - aber dann doch bitte im Schulzimmer.

Die EU will diktieren - die SVP stellt sich als einzige Partei gegen den Wahnsinn der institutionellen Knechtschaft.

ziehungen mit einer Schweiz interessiert ist.

Die EU will etwas ganz anderes. Sie will, dass sich die Schweiz der Europäischen Union unterstellt. Sie will nicht, wie wir, auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Sie fordert, dass sich die Schweiz dem EU-Recht, den EU-Richtern, den EU-Sanktionen und den EU-Guillotinen unterwirft!

Die EU will befehlen und diktieren. Wer daran immer noch zweifelt, soll die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom letzten Wochenende lesen. Dort wird der einflussreiche deutsche CSU-Politiker Manfred Weber zitiert, der Möchtegern-Nachfolger von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Weber sagte es sichtlich genervt, aber unmissverständlich: Er werde die «Sonderrolle» unseres Landes «nicht mehr länger dulden». Ständig gegen Brüssel stänkern, aber alle Vorteile geniessen wollen: Das sei fertig. Gegen die «störrischen Schweizer» müssten jetzt andere Saiten aufgezogen werden. Immerhin ist Herr Weber ehrlich. Wie Peer Steinbrück seinerzeit mit seiner Kavallerie. Er sagt wenigstens, wie die EU wirklich denkt. Kommissionspräsident Juncker? Er ist ein Heuchler. Er spricht mit Blick auf die Schweiz verlogen von «Freundschaft», dabei geht es der EU um etwas ganz Anderes, es geht der EU um Knechtschaft. Ja, die EU will uns knechten, und Webers Zuchtrute, seine Reitpeitsche gegen die störrischen Schweizer, ist dieser institutionelle EU-Rahmenvertrag.

Nur die SVP stellt sich gegen diesen Wahnsinn

Und auch hier ist die SVP die einzige Partei, die sich verlässlich gegen diesen Wahnsinn der institutionellen Knechtschaft stellt. Ende März hat eine grosse Koalition aus FDP, SP, CVP, GLP und Grünen gemeinsam eine Resolution unterschrieben. Sie fordert den Bundesrat auf, diesen EU-Vasallenvertrag zu unterschreiben. Natürlich nicht vor, sondern erst nach den Wahlen.

Meine Damen und Herren, dieser Plan zur institutionellen Unterjochung der Schweiz ist gemeinsam zu bekämpfen, und wir werden ihn verhindern, wir müssen ihn versenken. Lassen wir uns nicht ins Bockshorn jagen, lassen wir uns von den Medien die Hirne nicht grün einnebeln. Zeigen wir unseren Gegnern die Zähne. Decken wir ihre wahren Ziele und Absichten auf. Kämpfen wir entschlossen für eine starke Schweiz in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit!

Ich freue mich, diesen Kampf mit Ihnen allen - und es zählen alle - führen zu dürfen! Danke!

Von Nationalrat
Roger Köppel
Zürich (ZH)

Mein Kampf gegen Windmühlen!

Bei jeder Gesetzesvorlage, die zur Abstimmung kommt, mache ich mir als Unternehmerin und Nationalrätin Gedanken, was diese administrativ auslöst. Andere, so empfinde ich es immer wieder, lösen das Problem nach dem Motto: «Augen zu und durch.»

Die Hälfte der Arbeitszeit geht für Bürokratie drauf.

Auszug aus dem Bericht über die Evaluation der Wirksamkeit der Solidarhaftung: «Die Erkenntnisse der Evaluation legen nahe, dass der administrative Aufwand für grosse Unternehmen zugenommen hat. Die Erfahrungen der Sozialpartner zeigen aber auch, dass der administrative Aufwand mit der Zeit abnimmt.» Das ist für mich ein Gräuel, denn so erhält jede neue Regulierung eine Legitimation. Der Hintergedanke scheint zu sein, dass «man sich irgendwann daran gewöhnt.»

Ich wende die Hälfte meiner Arbeitszeit dafür auf, Normen und Vorgaben zu erfüllen, ohne dabei einen Mehrwert oder Wertschöpfung für unsere Unternehmen zu generieren. So wird mit der Änderung des Gleichstellungsgesetzes künftig die Lohnpolitik der Unternehmen regelmässig überprüft. Als Unternehmerin fühle ich mich zunehmend überwacht.

Mehrwert der Bürokratie: Null

Auch die neue EU-Datenschutzverordnung, die am 25. Mai 2018 in Kraft getreten ist, betrifft viele Schweizer Unternehmen direkt. Sie müssen mühevoll und kostenintensiv interne Prozesse, Richtlinien, Verträge und Datenschutzerklärungen überprüfen lassen. Bei Verstössen drohen hohe Geldstrafen. Effektiver Mehrwert dieser Übung: Null. Nur die Beratungsunternehmen reiben sich die Hände, weil ihre Kassen klingeln.

Wer gemäss Unfallversicherungsgesetz (UVG) Art. 66 dem Teilmonopol der SUVA unterstellt ist, hat sich deren Vorgaben zu unterwerfen. Hier rechtfertigt sich die Verwaltung damit, dass regelmässig neue schwammig formulierte Vorgaben erlassen würden. Etwa die Bedienung von Kleintransportgeräten, die nur durch SUVA anerkannte Ausbildner erfolgen darf. Vernunft und Eigenverantwortung bleiben da auf der Strecke. Was die SUVA mit ihren Vorgaben meint, ist unklar. Klar ist hingegen: Bei einem Fehltritt haften weder die Mitarbeiter noch die SUVA, sondern der Unternehmer als Privatperson. Er muss gar mit einem Strafverfahren rechnen. Das wäre wie wenn Bund oder Kantone als Bewilligungsgeber im Strassenverkehr für das Verhalten der Autofahrer verantwortlich wären.

Entwicklung ist zu stoppen

Die eingangs erwähnte Solidarhaftung im Entsendegesetz birgt neue Aufwände. Das Informationssystem Allianz Bau (ISAB) wurde uns Parlamentariern in der Frühjahressession 2019 vorgestellt. Angeblich verbessere es den Vollzug von Gesamtarbeitsverträgen (GAV) in der Baubranche. Was nach Entlastung klingt, führt bei genauerer Betrachtung zu Mehraufwand, da ISAB die bestehenden Formulare nicht ablöst, sondern ergänzt.

Einige dieser unsäglichen Entwicklungen sind aus dem Ausland zu uns übergeschwappt. Das müssen wir stoppen. Die Schweizer Wirtschaft ist auch deshalb so erfolgreich, weil sie bislang nicht mit Bürokratie zugemüllt wurde. Die Lähmung unseres Erfolgs durch ausländische Regulierungen dürfen wir nicht akzeptieren. Auch deshalb ist das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU abzulehnen. Dafür setze ich mich ein: Wirtschaft ist zwar nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.

Von Nationalrätin Diana Gutjahr Amriswil (TG)

IMPRESSUM : SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53‘000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Patrice Piquerez | Bildquellen: Schweizer Parlament / SVP

Keine höheren Arbeitslosengelder für EU-Grenzgänger!

Die EU will die Zuständigkeit für arbeitslose Grenzgänger neu regeln. Der Schweiz drohen damit jährliche Mehrkosten in Milliardenhöhe. Noch kann sich die Schweiz dagegen wehren.

Verliert heute ein EU-Grenzgänger – also zum Beispiel ein Franzose, der in der Schweiz arbeitet – seine Stelle, erhält er von der französischen Arbeitslosenkasse Geld. Die Schweiz bezahlt dem französischen Staat während drei oder fünf Monaten eine Kompensation – je nach Beitragsdauer. Danach kommt Frankreich voll und ganz für seine Einwohner auf. Der Schweizer Abgeltungsbetrag an die EU-Staaten belief sich im Jahr 2015 auf knapp 200 Millionen Franken. Diese Praxis stützt sich auf eine durch die Schweiz 2012 übernommene Aktualisierung des Freizügigkeitsabkommens.

Einige EU Mitgliedsstaaten wollen nun eine Änderung zu ihren Gunsten und zum Nachteil der Schweiz. In Zukunft sollen die Arbeitslosengelder nicht mehr vom Wohnsitzstaat des Grenzgängers ausbezahlt werden, sondern vom letzten Staat, in dem die Person gearbeitet hat. Wenn wir also bei unserem Beispiel bleiben, würde der arbeitslose französische Grenzgänger künftig von der Schweizer Arbeitslosenkasse Geld erhalten.

Bis zu einer Milliarde Franken pro Jahr

Nach Schätzungen des SEM würde dieser Zuständigkeitswechsel die Schweiz für die 320'000 Grenzgänger jährlich hunderte von Millionen Franken kosten. Einige Experten schätzen die Mehrkosten sogar bei bis zu einer Milliarde Franken jährlich. Der Wechsel sieht auch vor, dass begleitende Massnahmen – wie Weiterbildungen, Sprachkurse und andere Arbeitsintegrationsmassnahmen – weiter vom Wohnsitzstaat finanziert werden müssten. Doch dieser hat kein Interesse, dem arbeitslosen Grenzgänger zu neuer Arbeit zu verhelfen, denn es bezahlt ja ein anderer, nämlich die Schweiz. Die Schweiz hätte zudem keine Möglichkeit, zu kontrollieren, ob sich die Betroffenen um eine neue Stelle bemühen. Der Anreiz dafür ist tief: Die Schweizer Arbeitslosengelder sind oft höher als der Lohn im Heimatland. Folglich macht es für Arbeitslose keinen Sinn, eine Stelle anzunehmen, solange Geld aus der Schweiz fliesst.

EU-Bürger erhalten schon heute mehr als sie einzahlen

In den Jahren 2013 – 2015 zahlten EU-Bürger in der Schweiz 20 Prozent weniger in die Arbeitslosenversicherung (ALV) ein, als sie Gelder daraus bezogen. Mit der neuen Regelung würde sich das Verhältnis zwischen den Einnahmen der ALV und den Ausgaben für Arbeitslosenentschädigung bei Ausländern massiv verschlechtern.

Hohe Schweizer Sozialleistungen würden noch mehr Grenzgänger anziehen.

Mit der geplanten Ausweitung der Sozialleistungen würde die Schweiz mehr Grenzgänger anziehen – Billiglohnkonkurrenz für die einheimischen Arbeitskräfte. Denn für Grenzgänger wären künftig nicht mehr nur die hohen Schweizer Löhne attraktiv, sondern auch die grosszügigen Sozialleistungen im Fall von Arbeitslosigkeit.

Mit Rahmenabkommen wäre Widerstand zwecklos

Die SVP fordert den Bundesrat auf, der EU unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz den angestrebten Wechsel der Zuständigkeit für Arbeitslosenleistungen an Grenzgänger nicht übernehmen wird. Heute können wir uns noch gegen solche einseitigen Massnahmen wehren. Mit dem institutionellen Rahmenabkommen wäre die Schweiz gezwungen, diese Änderung automatisch zu übernehmen.

Von Nationalrat Franz Ruppen Naters (VS)

NEW LEXUS UX

Kompakt, agil und effizient. Der neue Lexus UX mit neuster Vollhybrid-Technologie und kompletter Serienausstattung ist ihr perfekter Begleiter in allen Lebenslagen. Ab CHF 36 900.–

JETZT PROFITIEREN
0% LEASING

E-FOUR ALLRADANTRIEB | LEXUS SAFETY SYSTEM + | FREE SERVICE & ASSISTANCE

Lexus UX 250h FWD ab CHF 36900.– Ø Verbrauch 4,1 l/100 km, Ø CO_2-Emissionen 94 g/km, CO_2-Emissionen aus der Treibstoff und/oder der Strombereitstellung: 22 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. Abgebildetes Modell: UX 250h F SPORT AWD ab CHF 53900.– Ø Verbrauch 4,5 l/100 km, Ø CO_2-Emissionen 103 g/km, CO_2-Emissionen aus der Treibstoff und/oder der Strombereitstellung: 24 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. Ø CO_2-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 137 g/km. 0% Leasing gültig für Vertragsabschlüsse bis 30 April 2019. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung führt. Ein Angebot der Multilease AG. Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.

LEXUS
EXPERIENCE AMAZING

Danke für die tolle Gastfreundschaft!

Nach der Arbeit, das Vergnügen: Beim SVP bi de Lüt im Alters- und Pflegezentrum Amriswil (TG) plauderten unsere Bundesräte und Bundesparlamentarier bei Wurst und Bier mit der lokalen Bevölkerung. Am nächsten Tag trafen sich insgesamt 550 SVP-Delegierte und Gäste der SVP Schweiz in der Amriswiler Eventhalle Pentorama zur zweiten Versammlung dieses Jahres – trotz ernster Themen war auch hier die Stimmung toll. Dem Alters- und Pflegeheim Amriswil, der Ortspartei Amriswil und der Thurgauer Kantonalpartei ein herzliches Danke für die perfekt organisierten Anlässe!

Unternehmer im Nationalrat: David Zuberbühler (AR) und Diana Gutjahr (TG).

Heizte den Gästen ein: Die Amriswiler Glöögli Clique.

Bundespräsident Ueli Maurer mit der 21. Thurgauer Apfelkönigin und SVP-Delegierten Melanie Maurer und dem SVP-Kantonalpräsidenten (TG) Ruedi Zbinden (v.l.).

Parteipräsident Albert Rösti begrüsst die zahlreichen Gäste.

Mit Papi an die DV: Nationalrat Roland Rino Büchel (SG) mit Töchterchen.

Zwei gegen den EU-Vertrag: Wirtschaftsminister Guy Parmelin und Nationalrat Roger Köppel (ZH) (v.l.).

Herzliches Willkommen im Thurgau: Diana Gutjahr und Melanie Maurer (v.l.)

Letzte Besprechung vor dem Ansturm der Gäste.

Total 550 Delegierte und Gäste nahmen an der DV teil.

Die Stadtharmonie Amriswil spielte zur DV-Eröffnung die Landeshymne.

Nationalrat Thomas Matter (ZH): «Grosskonzerne verraten die Schweiz.»

Nationalrätin Magdalena Martullo (GR): «Der Rahmenvertrag mit der EU schadet der Schweiz.»

Unterhielten sich prächtig: Nationalrat Franz Grüter (LU), alt Bundesrat Christoph Blocher, Nationalrat Christian Imark (SO) (v.l.) - im Hintergrund alt Nationalrat Ulrich Schlüer (ZH).

Typisch Schweiz: NEW SUZUKI TRADIZIO® 4 x 4.

SUZUKI 0.9% HIT-LEASING

NEW SUZUKI IGNIS TRADIZIO® 4 x 4
BEREITS AB **Fr. 113.–**/MONAT
ODER FÜR **Fr. 17 990.–**

NEW SUZUKI SWIFT TRADIZIO®
BEREITS AB **Fr. 114.–**/MONAT
ODER FÜR **Fr. 16 990.–** HYBRID

NEW SUZUKI SX4 S-CROSS TRADIZIO® 4 x 4
BEREITS AB **Fr. 207.–**/MONAT
ODER FÜR **Fr. 27 490.–** BOOSTERJET

JETZT BIS ZU **Fr. 2700.– SPAREN***

ALLGRIP 4x4

*Inklusive Tradizio® Zusatzpaket. Fr. 1500.– Frühlingsbonus gültig für die Modellvarianten Suzuki New Ignis und New Swift. Ausgeschlossen ist die Modellvariante Suzuki New Swift Sport. Angebot gültig bis 31. Mai 2019 (Fahrzeug muss bis 31. Mai 2019 eingelöst werden).

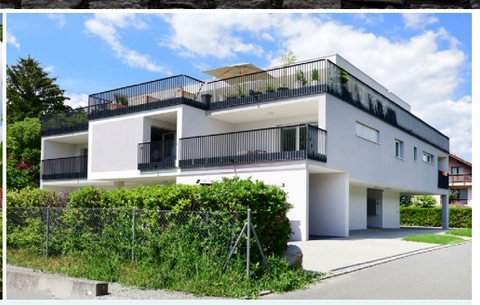
SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki Ignis TRADIZIO® 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 17 990.–, Treibstoff-Normverbrauch: 5.2l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO_2-Emissionen: 118 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 27 g/km; New Suzuki Swift TRADIZIO®, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 16 990.–, Treibstoff-Normverbrauch: 4.9l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: E, CO_2-Emissionen: 112 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 26 g/km; New Suzuki SX4 S-CROSS TRADIZIO® 4x4, 6-Gang manuell, 5-türig, Fr. 27 490.–, Treibstoff-Normverbrauch: 6.2l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO_2-Emissionen: 141 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 33 g/km; **Hauptbild:** New Suzuki Ignis TRADIZIO® Top 4x4, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 19 990.–, Treibstoff-Normverbrauch: 5.2l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO_2-Emissionen: 118 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 27 g/km; New Suzuki Swift TRADIZIO® Top Hybrid, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 19 690.–, Treibstoff-Normverbrauch: 4.4l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: C, CO_2-Emissionen: 100 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 23 g/km; New Suzuki SX4 S-CROSS TRADIZIO® Top 4x4, 6-Gang manuell, 5-türig, Fr. 31 490.–, Treibstoff-Normverbrauch: 6.2l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: F, CO_2-Emissionen: 141 g/km; CO_2-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 33 g/km. Durchschnittswert CO_2-Emissionen aller in der Schweiz neu immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 137 g/km.

SUZUKI 0.9% HIT-LEASING **Leasing-Konditionen:** 24 Monate Laufzeit, 10 000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 0.9 %. Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30 % vom Nettoverkaufspreis. Der Leasing-Zinssatz ist an die Laufzeit gebunden. Ihr offizieller Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Sie zugeschnittenes Leasing-Angebot für den Suzuki Ihrer Wahl. Leasing-Partner ist die MultiLease AG. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung inkl. MwSt.**

SUZUKI GARANTIE 5 JAHRE AUF ALLE SONDERMODELLE TRADIZIO® PREMIUM

Die kompakte Nr. 1
SUZUKI Way of Life!

www.suzuki.ch



Wir kaufen Schweizer Mehrfamilienhäuser

Als Käufer von Mehrfamilienhäusern kombinieren wir die Flexibilität eines privaten Käufers mit der Kaufkraft institutioneller Investoren.

Ihre Vorteile
- ✓ Kaufangebot in 24 Stunden
- ✓ Professionelle Abwicklung
- ✓ Exzellente Bedingungen

Ihr Kontakt
Lukas Ott
immobilien@crowdhouse.ch
044 377 60 62

Rufen Sie uns an oder besuchen Sie uns online auf
verkaufen.crowdhouse.ch

crowdhouse

2 von 17 MPS-Angeboten.

OCoTex Tel. 041 799 50 00
ocotex.ch
Verkauft und wartet Brother-Geräte seit über 30 Jahren.

Farbig MFC-L9570CDW
- TOP-Farbqualität, die überzeugt
- Drucker, Scanner, Kopierer, Fax
- Druckt und scannt doppelseitig
- Druckt 31 Seiten farbig/min.
- Scannt 100 Seiten pro Minute
- NFC für personalisiertes Drucken
- Zweite Kas. optional, bis 800 Blatt
- Einfache Touchscreen-Bedienung

1'199.-

Farb-Click:	7.986 Rp.
S/W-Click:	1.340 Rp.
Eintausch:	300.00 Fr.
Rückkauf Toner bis	400.00 Fr.

Mono HL-L6400DW
- Für Vieldrucker besonders geeignet
- 50 Seiten / Minute (Duplex 24 S.)
- Toner 12'000 Seiten mitgeliefert
- Einfache Touchscreen-Bedienung
- NFC für personalisiertes Drucken
- Gigabit Ethernet, WLAN

729.-

S/W-Click:	1.088 Rp.
Eintausch:	300.00 Fr.
Rückkauf Toner bis	400.00 Fr.

MPS Service-Pack für 5 Jahre: farbig Fr. 329.00, mono Fr. 179.00 (bis 31. März gratis)
Mit MPS volle fünf Jahre VorOrt-Garantie. Drucker bestellt Toner selbst!

Internet Flex Home

Ihr individuelles Abo für Zuhause

Internet mit optionaler Telefonie und TV
Ab CHF 35.– pro Monat

PCtipp 12/2018
EMPFEHLUNG
INTERNET FLEX HOME

0844 842 842
Hotline Montag – Freitag, 8–17.30 Uhr

Mehr Infos unter:
www.green.ch/home

green.ch
Internet made in Switzerland

Hier könnte Ihr Inserat stehen: klartext@svp.ch

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN®
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com